

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Wegzugspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.00 M. Durch die Post 4.70 bezgl. 14.10 M. Beleggeld wird beifolgend erhoben. Einzelnummer 30 A. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Bezugs Nr. 2915 und 2916. — Anzeigenpreis: Die 31 mm breite Reklamzeile 60 A., die 23 mm breite Reklamzeile 2.—A.; außerhalb 75 A. bezgl. 4.—A. Ausland 2.— bezgl. 6.—A. Rabatt 11. Tarif, Sonderbelegungen 15 A. pro 1000.

Nummer 423

Freitag, 10. September 1920.

74. Jahrgang

### Keine Nebenregierung.

Von Konteradmiral Brüningshaus, M. d. R.

Zu der Frage der sogenannten Nebenregierung der Eisenbahnen, über die wir uns schon in Nummer 421 der Wiesbadener Zeitung geäußert haben, veröffentlichen wir der nachstehenden Artikel aus der Feder des Deutschen Volkspartei angehörenden Reichstagsabgeordneten Konteradmiral Brüningshaus, der die Entwicklung des Konflikts und die Stellung der Regierung zusammenfassend darlegt. Adm. Brüningshaus, der zugleich Vorsitzender des parlamentarischen Entwaffnungsbeirates ist, hat sofort, als die ersten mißverständlichen Mitteilungen über die „Nebenregierung“ durch die Presse gingen, sich mit dem Reichskanzler Reichsgraf Dr. Brüning in Verbindung gesetzt; die Besprechungen ergaben den einhelligen Willen der Deutschen Volkspartei, wie auch ihrer Regierungsparteien, daß jede Form einer Nebenregierung abzuwehren sei und auch tatsächlich abgelehnt worden ist. Die Schriftleitung.

Nichts erschüttert die Staatsautorität mehr, als wenn eine Regierung unbedachte Eingriffe in die ihr allein zustehenden Verwaltungsbefugnisse Mißbrauch zu tun. Wenn alle Zeitungsnachrichten über die Stellungnahme der Eisenbahnen gegenüber dem eigentlichen Vorgesetzten der Eisenbahnen richtig gewesen wären, wenn die Regierung sich tatsächlich damit abgefunden hätte, daß einem bestimmten, außerhalb der Regierung stehenden Teil der Bevölkerung weitgehende Rechte in Bezug auf die Transportverhältnisse und damit unangenehm auf unser gemeinsames Verkehrsleben einzuwirken würden, so war die öffentliche Meinung durchaus berechtigt, von einer Art Nebenregierung zu sprechen. Daran würde auch die Tatsache nichts ändern, daß, wie dies besonders seitens der Reichstagsabgeordneten betont wird, das Anhalten und Durchführen der Transporte in dem guten Glauben geschah, damit der Sache der Neutralität zu dienen. Für die strikte Aufrechterhaltung der Neutralität zu sorgen, ist Sache der Regierung. Das an sich zu begründende Bestreben der einzelnen Staatskörper, die Regierung in ihrer Absicht zu unterstützen, darf nicht dahin führen, daß eigenmächtige und ungeschickliche Eingriffe vorgenommen und dadurch die Staatsautorität nicht etwa gestiftet, sondern im Gegenteil untergraben wird. Letzten Endes wird damit ein Zustand geschaffen, der mit der Aufrechterhaltung der Ordnung überhaupt enden muß. Vergegenwärtigt man sich im übrigen, daß zwar von linksradikaler Seite, als es den Russen sehr schlecht gina, Umwälze veranstaltet wurden, mit dem Zeitmotto „Nehet Räte-Rußland“, und daß unter den Eisenbahnern viele Anhänger dieser eigenartigen „Neutralität“ vorhanden sind, so ist die Befürchtung nur zu gerechtfertigt, durch das eigenmächtige Anhalten der Transporte könne leicht eine schwere Schädigung der Neutralität herbeigeführt werden.

Weiterhin läßt es sich mit dem Ansehen und der notwendigen Bewegungsfreiheit einer Regierung nicht in Einklang bringen, wenn Kontrollorgane anhängender wirtschaftlicher oder gar politischer Organisationen berechtigt sind, die Verwaltungsbefugnisse entscheidend zu beeinflussen. In dem vorliegenden Fall würde damit der geradezu groteske Zustand geschaffen, daß in einem parlamentarisch regierten Staat eine bürgerliche Regierungskoalition bis zu einem gewissen Grade der Kontrolle einer sozialistischen Nebenregierung unterstellt würde. Wenn die Reichstagsabgeordneten, nachdem sie bei der Kabinettsbildung die Teilnahme an der Regierung abgelehnt haben, nunmehr auf diesem Wege doch starken Einfluß auf die Maßnahmen von dieser Regierung gewinnen wollen, so beschreiten sie damit einen Weg, der mit der Verfassung nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Als die ersten Nachrichten über die, wie ich es einmal kurz nennen will, geplante Nebenregierung ausliefen, habe ich sofort Veranlassung genommen und zwar als Vorkandidat der Deutschen Volkspartei und als Vorsitzender des parlamentarischen Entwaffnungsbeirates, an den viele Anfragen gerichtet wurden, beim Herrn Reichskanzler, Adm. Dr. Brüning mit aller Bestimmtheit darauf hinzuweisen, daß die nach den Presseberichten in der Bildung begriffene Nebenregierung in dem weitestgehenden Maße unseres Volkes nicht verstanden werden würde und sich mit der staatlichen Autorität nicht vereinigen ließe. Entschiedenweise erhielt ich vom Reichskanzler, der meine Ansichten durchaus teilte, die Auskunft, daß das Kabinetts als solches zunächst die Einbeziehung der sozialistischen Parteiveranstaltungen abgelehnt hätte und daß die Frage, in welcher Weise eine mittelbare teilungslose Abfertigung der Transportverhältnisse zustande gebracht werden könne, noch im Stadium der Beratungen sei.

Die Lösung, die die ganze Frage nunmehr gefunden hat, und die der Reichskanzler für die Entwaffnung und der Vertreter des Reichsverkehrsministers in der Sitzung des Beirates am 4. 9. auseinandersetzen, sollte man, auch von linker Seite, begrüßen. Die Regierung behält danach vollständig die Verfügung über die Transporte in der Hand, von einer Nebenregierung kann also nicht gesprochen werden. Um Schwierigkeiten bei den Transporten vorzubeugen, wird bei den abziehenden Eisenbahndirektionen eine Kommission, bestehend aus einem Verwaltungsdirektoren und dem Obmann des Betriebsrats, gebildet, die die Pflicht hat, zu prüfen, ob das zur Abwendung anlaufende Gefahren mit den vom Verkehrsministerium beim Landespolizeibehörden ausgesetzten Beauftragten übereinstimmt. Bei etwa auftretenden Zweifeln hat der Reichskanzler zu entscheiden. Von deutschnationaler Seite wurde beantragt, folgende Entschlüsse zu fassen: „Die Obleute der Betriebsräte dürfen nicht vom Herrn Reichskanzler allgemein als Mitglieder der Kontrollkommission bestimmt werden. Die Kontrolle und Entscheidung ist vielmehr lediglich den Organen der Regierung zu übertragen. Wie weit diese in der Ausführung auch Ar-

better als ihre Hilfsorgane heranzuziehen wünschen, muß ihnen überlassen bleiben.“ Ich habe mich mit dieser Auffassung nicht befreunden können, weil mit der Heranziehung von Arbeitern als Hilfsorgane sofort ein Moment von Unsicherheit in die Handhabung der jetzt ganz unzweifelhaften Bestimmungen hineingetragen wird und bei der letzten Regelung doch tatsächlich die Regierung die Kontrolle und die Entscheidung vollständig in der Hand behält. Der deutschnationalen Antrag wurde mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

In der überwiegenden Mehrheit des Beirates war man der Ansicht, daß nach dem Erlaß der sehr eingehenden Ausführungsbestimmungen und nach Einsetzung der genannten Kommission unbedeutende Waffensendungen, soweit das überhaupt menschenmöglich ist, wirksam vorgebeugt und daher weiteres Anhalten und Durchführen der Transporte unstatthaft und ungeschicklich sei. Nach einer längeren Aussprache wurde eine von den Vertretern aller bürgerlichen Parteien eingebrachte Entschlüsse gegen die Stimmen der vereinigten Sozialdemokratie angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Der Beirat nimmt von der Erklärung des Reichskanzlers für die Entwaffnung und des Vertreters des Reichsverkehrsministers Kenntnis, nach welcher Transporte, die den Ausführungsbestimmungen des Entwaffnungsgesetzes genügen, von Unbefugten weder anhalten noch kontrolliert werden dürfen. Der Beirat billigt dieses Vorgehen der Regierung als ein unbedingt erforderliches der Staatsautorität.“ Man kann von dem gesunden Menschenverstand und der Einsicht unserer besonnenen Arbeiterschaft erwarten, daß sie die Verwirklichung der nunmehr getroffenen Maßnahmen anerkennt. Jeder, der es wirklich ernst meint mit der Aufrechterhaltung der Neutralität, die ein verhängnisvoll ist mit dem Bestande einer durch keine Nebenregierung beherrschten Staatsautorität und einer durch keine willkürlichen Eingriffe lahmgelegten Verwaltung, wird die Haltung der Regierung als einen Ausfluß dessen ansehen, was man in den breitesten Schichten unseres Volkes von einer sich ihrer Verantwortlichkeit bewußten Regierung verlangt, nämlich den festen Willen, auf dem Boden der Verfassung für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen.

### Machprobe?

Neuer Aufruf zur Verschärfung der Transportkontrolle.

In der „Freiheit“ veröffentlicht die Kontrollkommission Berlin-Brandenburg einen neuen Aufruf an die Arbeiterschaft zur Verschärfung der Transportkontrolle. Es wird darin gesagt, daß an den Erfurter Vorgesetzten nur die Verfügungen der Regierung und des Reichsverkehrsministers schuld tragen. Die Neutralität könne nicht besser gewahrt werden als durch Errichtung von Kontrollstellen der Arbeiterschaft, da die Kontrollstellen der Regierung keine Gewähr dafür geben, daß Transporte von Kriegsmaterial nicht nach Polen verschoben werden. Arbeiter, Beamte und Angestellte, die infolge ihrer Kontrolltätigkeit gemahnt oder gerichtlich bestraft würden, seien der moralischen und materiellen Unterstützung der Berliner Arbeiterschaft gewiß.

### Neue Kommunistentätigkeit.

München, 9. Sept. Bei einem unter Diebstahlsverdacht verhafteten Mitgliede der kommunistischen Partei in München wurde eine Proskriptionsliste von reichen Einwohnerwehrmännern gefunden. Die Namen von Reichswehrsoldaten, die sich im vorigen Jahre bei der Belagerung Münchens vom roten Terror besonders hervorgetan haben, waren mit einem Kreuz bezeichnet. Diese Wehrmänner sollten nach Aussage des Verhafteten, der auch noch Mißgebilde angab, bestraft werden.

Der kommunistische Führer und kommunistische Reichstagsabgeordnete Dr. Levi-Berlin, der erst vor einigen Tagen aus Moskau zurückgekehrt ist, sprach in einer öffentlichen Versammlung über die Lage und das Schicksal der deutschen Revolution. Über diese bemerkte er, daß die politischen Kämpfe dort einsehen würden, wo sie im Frühjahr des Vorjahres stehen geblieben seien. Einen politischen Kampf von großer Tragweite bedeute die Kontrolle der Eisenbahnen. Die Arbeiter könnten jeden Tag aufgerufen werden. Der Redner verlangte aktive Solidarität mit Sowjetrußland und einen vollständigen Boykott gegen Polen.

In einer andern Versammlung hielt der Landtagsabgeordnete Eisnerberger eine seiner bekannten Brandreden und verlangte die Diktatur gegen die Bourgeoisie mit aller Grausamkeit und Unbarmherzigkeit. Nach dieser Versammlung zogen etwa 200 Versammlungsteilnehmer durch die Stadt. Die Polizei brachte nicht besonders einzuschreiten.

### General v. Caffert tödlich verunglückt.

Dresden, 9. Sept. Den Morgenblättern zufolge wurde General v. Caffert gestern Abend beim Ueberschreiten einer Straße von einem Radfahrer überfahren und ist dabei so schwer zu Schaden gekommen, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

### Im Hinblick auf Genf.

Der Londoner „Daily Telegraph“ meldet aus Paris, daß zwischen der britischen und französischen Regierung eine Besprechung über die in Genf abzuhaltende Konferenz stattgefunden hat. Milgram sei nicht geneigt, sich mit dem vorgeschlagenen Datum des 20. September einverstanden zu erklären. Er selbst gebe seinerseits auch noch kein neues Datum an. Vielmehr sei er der Ansicht, daß die Ergebnisse der Spaer Konferenz und die Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich bezüglich Rußlands die Zeit für einen neuen Gedanken-austausch nicht besonders geeignet machen. Weiter wünscht er nicht, mit den Deutschen zusammen zu verhandeln, ehe nicht, wie in San Remo vereinbart wurde, vorher zwischen Frankreich, England und Italien eine endgültige Haltung hinsichtlich Deutschlands festgelegt worden sei. Auch die Möglichkeit mit welcher Deutschland nun auf einmal die Verpflichtung des Spaer Abkommens erfüllt, habe die Stimmung in Paris, wie „Daily Telegraph“ erfährt, beeinträchtigt, da man hieraus schließt, daß die Entente in ihrem Entgegenkommen viel zu weit gegangen sei, und daß im Zusammenhang damit eine Änderung der Boulenger Verordnungen bezüglich der Wiedergutmachung stattfinden müsse. Frankreich hat Deutschland in der vorigen Woche, als Deutschland die verübten 124 Millionen aus dem französischen Teil des Vorkaufes erhielt, versprochen, die deutschen Schuldbriefe, die dafür als Gegenleistung gegeben wurden, nicht vor dem Mai 1921 zu verkaufen oder zu lombardieren.

### Die Friedenskonferenz von Riga.

London, 9. Sept.

Neuer meldet: Die russische Delegation in London teilt mit, daß die bolschewistische Friedensdelegation sich unverzüglich nach Riga begeben wird. Die lettische Regierung hat die Garantien für die Immunität der gesamten Mission geboten.

### Selbstbewußtsein der Sowjetvertreter.

Paris, 9. Sept.

Wie der „Matin“ aus London meldet, haben die russischen Delegierten ihre Antwort auf die letzte Note Balfours bekanntgegeben. Die Note soll sehr sanft gehalten sein und sich über die plötzliche Änderung in der Haltung der englischen Regierung beklaagen. Es scheint — so wird darin gesagt —, daß Balfour unter dem Druck stehet, in der militärischen Lage zwischen Rußland und Polen sei eine radikale Änderung eingetreten. Das in Wirklichkeit passierte, sei, daß eine militärische Teilunternehmung nicht glückte. Die Kräfte Rußlands, verglichen mit denen Polens, seien dieselben wie früher: Wenn also die englische Regierung vor drei Wochen anerkannt habe, daß Rußland als Sieger das Recht habe, Bedingungen aufzuerlegen, so sei die Lage seither unverändert.

### Suwalki von den Litauern besetzt.

Rüdnisberg, 8. Sept.

Am 3. Sept. wurde polnische Kavallerie von litauischer Infanterie und Artillerie zurückgeworfen und Suwalki von den Litauern besetzt. Die Litauer setzen ihren Vormarsch fort.

### Der parteipolitische Kampf in Großberlin.

Der geschäftsführende Vorsitzende der demokratischen Fraktion der neuen Berliner Stadtverordnetenversammlung, Landtagsabgeordneter Otto, hat an den Vorsitzenden der mehrheitssozialistischen Stadtverordnetenfraktion, Redakteur Wehrmuth, ein Schreiben gerichtet, worin es nach dem „Berliner Tageblatt“ heißt:

„Die Verhandlungen im Wahlkreis der Berliner Stadtverordnetenversammlung nahmen einen Gang, nach welchem die Vermutung sich nicht von der Hand weisen läßt, daß bezüglich der Besetzung der Stellen im neuen Magistrat die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei ein bindendes Abkommen mit der Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei unter Ausschluss aller anderen Parteien getroffen hat. Es ist selbstverständlich, daß wir uns eine derartige Ausgestaltung unserer Partei aus der Verwaltung Berlins nicht gefallen lassen dürfen. Wir werden vielmehr genötigt sein, gegen diese Verhältnisse allerhöchsten Widerspruch zu erheben. Um diesen Widerspruch einigermaßen erfolgreich zu gestalten, werden wir uns gezwungen sehen, mit allen übrigen nichtsozialistischen Parteien und Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Berlins aufs engste zusammenzuarbeiten. Eine detaillierte Koalition wird dann zu Zusammenstößen führen, die insbesondere wegen der völligen Abweichung von den Regierungsverhältnissen im Reich und Preußen auch für die allgemeine Politik des Landes unter Umständen erhebliche Folgen haben werden.“

Der Redakteur Wehrmuth gab, wie das „Berliner Tageblatt“ hieran erfährt, an, daß ein bindendes Abkommen zwischen den beiden sozialistischen Gruppen der Stadtverordnetenversammlung besteht.





# Hengstenberg & Wiemer Wiesbaden

am Westbahnhof  
Telephon 6358

Kohlengrosshandlung und Rhederei.  
Abteilung **KLEINVERKAUF**

am Westbahnhof  
Telephon 6358

Zum bevorstehenden **Brennstoffkartenwechsel** bringen wir unser **reichhaltiges Lager** in Erinnerung.

Wir haben grosse Mengen nichtrationierter Brennstoffe vorrätig, wie:

**Prima erstklassiges Buchenscheitholz**,  
gut trocken, ofenfertig geschnitten und für Zentralheizungen.

**Prima erstkl. ostfriesischen Brennstoff**,  
für Zentralheizungen besonders geeignet.

Wir bitten bei Bedarf um Anfrage.

Prompte Bedienung.

**Rheinische Rohbraunkohlen**  
zur Streckung von Kohlen.

Ferner liefern wir alle

**rationierten Brennstoffe in erstkl. Ware**  
entsprechend der Vorräte und gemäss den städtischen Verordnungen.

Ordnungsgemässes Gewicht.

Zuverlässiges Personal.

12358

## Staatstheater in Wiesbaden.

Freitag, den 10. September. Anfang 7 Uhr.  
Zum ersten Male. **Jugend.**  
Ein Weibedrama in drei Akten von Max Halbe.  
Herrn Koppe . . . . . Paul Wagner  
Frau Koppe . . . . . Helga Reimers  
Herrn . . . . . Wolfgang Andriano  
Frau . . . . . Friedrich Preller  
Herrn . . . . . Karl Lubow. Diebst.  
Frau . . . . . Ilse Bull  
Die Handlung spielt in Wehrhagen.  
Ende gegen 9.30 Uhr.  
Samstag, 7 Uhr: Madame Butterfly. — Sonntag, 5.30 Uhr: Kohlenberg.

## Residenz-Theater.

Freitag, den 10. September. Anfang 7 Uhr.  
**Bräulein Fud.**  
Operette in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.  
Musik von Walter Rollo. Gefasst von Franz Arnold.  
In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Maria Volk, Emma Selzer, Christa Winkler, Stella Sturm, die Herren: Viktor Fugge, Carl Göttsch-Gardt, Rudolf Reppert, Heinz Ludwig, H. W. Heide, Herr. Bernhart.  
Ende nach 9.30 Uhr.  
Samstag: Schwarzwaldmädel. — Sonntag, nachm.: Das Glöckchen. Abend: Bräulein Fud.

## Freitag und Samstag Preiswerte Lebensmittel

Frisch gebr. Kaffee prima Qual per Pfd. M. 3000  
Ceylon Tee . . . . . per Pfd. M. 2900  
Malzkaffee . . . . . per Pfd. M. 480  
Voll-Reis . . . . . per Pfd. M. 490

Frisch eingetroffen!  
**Nürnberger Lebkuchen**  
Hohen Postes wegen bleibt unser Geschäft Montag den 13. den ganzen Tag, Dienstag den 14. bis nachm. 4 Uhr geschlossen.  
**BORMASS.**

### Fleischverteilung.

Am Samstag, den 11. September 1920 gelangen in tämli. Metzgereien auf die Fleischarten 1-10 200 Gramm ausl. Rindergefrierfleisch zur Verteilung.  
Der Preis beträgt für Kochfleisch 3.00 M die 200 Gr., 4.- M das Pfund, für Bratenfleisch 4.40 M die 200 Gr., 11.- M das Pfund.  
Wiesbaden, den 9. September 1920.  
Der Magistrat. (2328)

### Gebühren-Ordnung

für die Bedienung von Rindern und Ziegen durch Bullen u. Ziegenböden d. Stadtgemeinde Wiesbaden.  
Auf Grund des Beschlusses des Magistrats vom 10. Juli 1920 Nr. 1531 und der Stadtverordneten-Beratsamlung vom 13. August 1920 Nr. 261 wird gemäß §§ 4, 7 und 9 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bezirksausschuss folgende Versorgungs-Ordnung festgesetzt.  
§ 1. Für jeden von einem städtischen Bullen ausgeführten Sprung eines Muttertieres ist eine Versorgungsgebühr von M. 50.— an die Stadtbauverwaltung zu entrichten.  
Ein erfolglos befruchtetes Muttertier kann innerhalb sechs Monate nach dem ersten Sprung zum wiederholten Mal gegen eine Gebühr von je M. 3.— dem Bullen wieder vorgeführt werden.  
§ 2. Die Versorgungsgebühr beim Bullen wird monatlich auf Grund der von dem Bullenhalter geführten Sprungliste durch die Stadtbauverwaltung von dem Besitzer des Muttertieres erhoben werden.  
§ 3. Für jeden von einem städtischen Ziegenbock ausgeführten Sprung einer Ziege ist eine Versorgungsgebühr von M. 5.— an den Vorkalber zu entrichten.  
Eine erfolglos befruchtete Ziege kann zum wiederholten Mal gegen eine Gebühr von je M. 1.— dem Ziegenbock vorgeführt werden.  
§ 4. In die Sprungliste ist jede gedeckte Ziege nach Alter, Farbe u. Abzeichen genau einzutragen.  
§ 5. Die Gebührenordnung tritt mit der Genehmigung sofort in Kraft.  
Wiesbaden, den 18. August 1920.  
(R. S.) Der Magistrat.  
ses. Schulze. ses. Vorw. Gerschmidt.  
Wiesbaden, den 31. August 1920.  
Der Bezirksausschuss. ses. Bürgermeister.  
Wird hiermit veröffentlicht.  
Wiesbaden, den 8. September 1920.  
Der Magistrat. (2343)

## Tango-Tea 4 1/2 - 6 1/2 Uhr mittags Kaltes Büffet 9 1/2 - 11 1/2 Uhr abends

täglich im  
**CARLTON-RESTAURANT**  
Hotel Metropole-Monopole  
Wilhelmstrasse 10 Direktion H. Habets Fernsprecher 436  
Gabel-Frühstück (lunch) mit Konzert 12 1/2 - 3 Uhr  
Abendessen (Diner) mit Konzert 7-9 1/2 Uhr  
Restaurant nach der Karte den ganzen Tag  
Erprobte Küche Gepflegte Weine  
Zimmer mit Bad und Toilette, Salons, Thermalbäder  
Bei einem Aufenthalt von wenigstens 5 vollen Tagen vorteilhafte Pensions-Arrangements

In den nächsten Tagen Eröffnung der Carlton-Diele

## APOLLO Samstag, 11. September um 9 Uhr im grossen Variété-Saale: zum Schluss der Sommer-Saison

# LETZTER GROSSER BALL MIT APOLLO-JAZZ-BAND

Eintritt frei!  
Um 7 Uhr. Alle Tage. Um 7 Uhr.  
**RESTAURANT**  
IM CAPUCINES. Fester Preis 40 Mk. IM CAPUCINES.  
Alle Tage. TANZ-DINERS U. SOUPERS. Alle Tage.

### Zur gefl. Beachtung!

Die allgemeine Wiedereröffnung findet am 16. September statt.  
**Attraktion. Kino. Orchest. Kasella.**  
Die Vorstellungen finden zweimal am Tage statt. Die Matinée von 4-6 Uhr, die Abendvorstellung um 8 Uhr.  
Die dargebotenen Programme umschliessen eine Reihe von Filmen, die sowohl hinsichtlich der Inszenierung als der Wiedergabe den grössten Erfolg gehabt haben und deren Neuheit das Apollo zum ersten Etablissement dieser Art in Wiesbaden stempeln.  
Alle bis heute noch nicht veröffentlichten Tages-Ereignisse werden das Publikum täglich über alle Begebenheiten der ganzen Welt auf dem Laufenden halten.  
Grosse, unter den besten ausgewählte **Restaurant-Capucines:** Das Restaurant (Saal der Capucines) unter der Direktion des Herrn Blanc, früherer Chef des Hauses VIEL wird seinen ausgezeichneten Ruf für französische Küche bewahren.

Die in der Wiesbadener Gesellschaft so beliebten Tanz-Diners u. Soupers werden mit einigen eine weitere Vervollkommnung anstrebenden Veränderungen fortbestehen.  
Zum 1. Male in Wiesbaden:  
**- TARZAN -**

## Kurhaus zu Wiesbaden.

Freitag, den 10. September 1920, vormittags 11 Uhr:  
**Vormittags-Konzert in der Kochbrunnen-Anlage.**  
Städtisches Kurorchester. Leitung: Herr Wilhelm Boll.  
1. Chorale: „Morgenglanz der Ewigkeit“. — 2. Ouvertüre zur Oper „Die Nibelungen“ v. Liszt. — 3. Symphonie Concerto von Goldmark. — 4. Schach-Matzen von Strauss. — 5. Polka aus „Der Fingerring“ von Heller. — 6. Heber Berg und Tal, Marsch von Suppe.  
4-5.30 Uhr. **Nachmittags-Konzert.** **Ab-Konzert.**  
Städtisches Kurorchester. Leitung: Herr Herm. Jansen.  
1. Ouvertüre zu „Titus“ von Mozart. — 2. Klassische Tanz Nr. 8 von Chopin. — 3. Balletmusik aus „Die Fledermaus“ von Strauss. — 4. Chor der Nibelungen aus „Die Walküre“ von Wagner. — 5. Ouvertüre zu „Dimitri Donkoff“ von Rubinstein. — 6. Wie von Bach. — 7. Fantezie aus „Der Teufel“ von Meyerbeer. — 8. Marche Fantome von Branger.  
8-9.30 Uhr. **Abend-Konzert.** **Ab-Konzert.**  
Städtisches Kurorchester. Leitung: Herr Herm. Jansen.  
1. Ouvertüre zu „Aida“ von Wagner. — 2. 1. Ungarische Rhapsodie von Liszt. — 3. Chor der Nibelungen aus „Die Walküre“ von Wagner. — 4. 2. Ungarische Rhapsodie von Liszt. — 5. Festelet aus „Hinterdämmerung“ von Wagner. — 6. 12. Ungarische Rhapsodie von Liszt.

### Siermann & Ansh

Früchte & Lebensmittel  
Geopfhandlung  
Telephon 6458.  
Neu angekommen:  
1 Waggon Zwiebel  
Ran. Bananen  
ferner erwartend:  
1 Wagg. Zwetschen  
Stal. Tafeltrauben  
Marktplatz 3.

### Bekanntmachung.

Unter dem Viehbestande des Kaufmanns Wilhelm Schröder hier, Heilstraße 15 und der Firma Paul und Klauenende ausgebrochen, Geschf. und Stallverre ist angedornet.  
Wiesbaden, den 6. September 1920.  
Der Polizei-Präsident: Krause. (130)

In unser Handelsregister A wurden heute folgende Firmen eingetragen unter Nummer:  
1650: „Anton Seiberl“ in Wiesbaden, Inhaber: Kaufmann Anton Seiberl in Wiesbaden. Dem Kaufmann Hans Günther in Wiesbaden ist Procura erteilt.  
1651: „Carl Casers“ in Wiesbaden, Inhaber: Carl Casers, Kaufmann in Wiesbaden.  
1652: „Peter Buscher“ in Wiesbaden, Inhaber: Kaufmann Peter Buscher in Wiesbaden.  
1653: „Joh. Josua Deuler“ in Wiesbaden, Inhaber: Kaufmann Joh. Josua Deuler in Wiesbaden.  
1654: „Johann Rathgeber“ in Wiesbaden, Inhaber: Kaufmann Johann Rathgeber in Wiesbaden.  
1655: „Gustav Eichel“ in Wiesbaden, Inhaber: Kaufmann Gustav Eichel in Wiesbaden.  
1656: „Johann Baptist Kollmer“ in Wiesbaden, Inhaber: Kaufmann Johann Baptist Kollmer in Wiesbaden.  
1657: „Karl Schmitt“ in Wiesbaden, Inhaber: Kaufmann Karl Schmitt in Wiesbaden.  
1658: „Carl Seibels“ in Wiesbaden, Inhaber: Kaufmann Carl Seibels in Wiesbaden.  
1659: „A. u. G. Schwant“ mit dem Sitz in Wiesbaden. Persönlich haftende Gesellschaft; Kaufleute August Schwant und Ernst Schwant, beide in Wiesbaden. Die offene Handelsgesellschaft hat am 1. Sept. 1920 begonnen. Der Ehefrau Margarethe Schwant ist Procura erteilt.  
Wiesbaden, den 2. September 1920.  
Das Amtsgericht, Abteilung 17. (1414)